

Von Dr. Christoph Luchsinger, +41 76 392 03 20, [luchs@schatten-kabinett.ch](mailto:luchs@schatten-kabinett.ch)

- Mitglied «Die Mitte» ( [www.die-mitte.ch](http://www.die-mitte.ch) )
- alt Gemeinderat Stadt Zürich für die Kreise 1 & 2
- Redaktor [www.schatten-kabinett.ch](http://www.schatten-kabinett.ch)
- Universitätsdozent Mathematik
- Kleinunternehmer: Gründer [www.acad.jobs](http://www.acad.jobs) : akademische Stellen weltweit – und die besten Jobs in der Privatwirtschaft

Artikel auf [www.schatten-kabinett.ch](http://www.schatten-kabinett.ch) sind keine Einführungen in ein Thema, sondern Memos und Checklisten für Praktiker. Buchbesprechungen ersetzen nicht die Lektüre des Originals. Sie finden hier auch sehr gute Formulierungen, um komplexe Zusammenhänge kompakt zusammenzufassen oder Schlagworte, um ihre bereits vorhandene Rede zu würzen. Falls wir irgendwo Urheberrechte verletzen, bitte umgehend mit Nachweis melden: wir werden dann die jeweiligen Passagen neu als Zitate kennzeichnen.

## Ein Vorstoss zur Rettung der Milizparlamente

Von Christoph Luchsinger und Robert Nef

- Christoph Luchsinger ist Redaktor von Schatten-Kabinett.ch
- Robert Nef, geboren 1942, wohnhaft in St. Gallen und Mitglied der dortigen FDP, ist Publizist und Sozialphilosoph und gehört zu den Gründern des Liberalen Instituts

**Bitte kopieren Sie von diesem Dokument, was Sie wollen (Sie müssen uns nicht zitieren) und reichen Sie angepasst entsprechende Vorstösse in Ihren Parlamenten ein. Teilen Sie uns bitte auch Verbesserungsvorschläge mit.**

Aktuell wird wegen der Überlastung viel über die Förderung der Miliz gesprochen. Das Ideal von unabhängigen Persönlichkeiten, die neben ihrem Privatleben und Beruf ein politisches Amt wahrnehmen, ist heute tatsächlich in Frage gestellt. Damit verliert die Politik an entscheidender Stelle – im Parlament – das Wissen und die Erfahrung von vielen Personen aus allen möglichen Lebensbereichen und Wirkungsstätten. Auch die Bürgernähe der Politiker leidet.

Wenn aber von *Förderung* der Miliz gesprochen wird, ist Vorsicht geboten. Das Wort Förderung wird heute leider nicht in Form von Entlastung verstanden, sondern ausschliesslich als aktive Förderung (durch den Staat). Nebenbei: Gleiches gilt, nahe verwandt, bei der unmöglichen Formulierung **«Förderung der Zivilgesellschaft durch den Staat»**. **Zivilgesellschaft ist was übrig bleibt, wenn man den Staat wegdenkt! Wenn der Staat flächendeckend die Zivilgesellschaft fördert, bleibt nichts Lebenswertes übrig** (siehe durchorganisierte panzerkommunistische Militärdiktaturen). In dem Sinn, sind praktisch alle Vorschläge zur Förderung der Miliz problembehaftet und falsch aufgeleitet. Wie sollte es aber gemacht werden?

Das Hauptproblem ist, dass zu viele Vorstösse von Parlamentarier/innen eingereicht werden (**«Das Parlament überlastet sich selbst»**). Dann kommt folgende Maschinerie in Gang, wobei wir uns an der seriösen Arbeit von guten Parlamentarier/innen orientieren und die konkreten Abläufe von Parlament zu Parlament und Art des Vorstosses variieren:

- Vorstoss privat durchlesen
- Fraktion muss dazu beraten
- Erste Besprechung im Parlament und allfälliger Entscheid über Weiterverfolgung, wenn ja:
- Bericht der Verwaltung
- Besprechung in der Kommission, beinhaltend
  - Bericht der Verwaltung lesen
  - Präsentation des Berichtes durch die Verwaltung
  - Frage- und Antwortspiel über mehrere Sitzungen
  - Eigene Änderungsanträge und Stellungnahme zu anderen Anträgen nach Rücksprache mit der Fraktion, auch dies über mehrere Sitzungen
- Besprechung im Parlament

Ein Vorschlag geht dahin, die Anzahl Vorstösse pro Parlamentarier/in zu limitieren. Es geht aber besser und allgemeiner: **man sollte eine einheitliche, zeit-, aufwand- und kommissionsunabhängige Spesenpauschale einführen.** Das würde die Anzahl der lediglich aus monetären Interessen oder zur Profilierung eingereichten Vorstösse und durchgeführten Kommissionssitzungen deutlich verringern. Das jetzige Entschädigungssystem trägt viel zur Überlastung bei.

Anders erklärt:

- **Gegeben** das Milizprinzip, das auf einer normalen Berufs- und Familienaktivität der Parlamentarier/innen beruht
- **Gesucht** ist eine politische Organisation, die damit kompatibel ist
- Nicht umgekehrt!

Müssen sich die politisch aktiven Menschen einem System anpassen, das sich in eine falsche Richtung, hin zu "immer mehr Staat" entwickelt, oder muss das System wieder an die Menschen angepasst werden?

Details:

- **Neue Entschädigung:** Man kann als Entschädigung den Durchschnitt der letzten 4 Jahre vor Annahme der neuen Regelung nehmen.
  - Alternativ kann man auch argumentieren, dass zum Beispiel im Gemeindeparlament der Stadt Zürich etwa 50 % unnötige Vorstösse und verschwendete Zeit vorhanden sind. Damit wäre eine sinnvolle Entschädigung bei massiv tieferer Arbeitslast halb so viel wie der Durchschnitt der letzten 4 Jahre vor Annahme der Initiative (oder der Vorlage). Beides funktioniert.
  - Als Richtlinie kann man auch folgende 2 Punkte beachten, die auf eine marktgerechte Entlohnung hinweisen:
    - Es muss jedem Bürger möglich sein, (fast) ohne finanzielle Einbussen ein Amt zu übernehmen.
    - Es muss danach aber auch möglich sein, ohne finanzielle Einbussen das Amt wieder aufzugeben.
  - Für eine massiv tiefere Entlohnung als marktgerecht spricht folgende Überlegung: der Politiker wird bei hoher Entschädigung zum Bürokraten

– auch andere leisten in einer Demokratie schliesslich kostenlose Arbeit (moralische Würde des Amtes).

- In einer **Übergangsphase** von 2 Jahren (zum Abbau der pendenten Geschäfte) kann man hiervon abweichen (zum Beispiel linear hin zum Schlussresultat oben).
- Die **nachfolgende Anpassung an die Teuerung/Lohnentwicklung** soll dem kantonalen Durchschnittslohn folgen.
- Mit obigen 3 finanziellen Punkten (neue Entschädigung, Übergang, nachfolgende Anpassung) kann man das in der Verfassung festschreiben (Gemeindeordnung), ohne dass das Parlament sich danach darüber hinwegsetzt.
- Bei Absenzen gibt es eine entsprechende Kürzung.
- Zuerst sollte man im Parlament anfragen, wie hoch der Durchschnittslohn aus der parlamentarischen Arbeit ist, falls nicht sowieso einsehbar.
- Ob dann Parlamente in der Geschäftsordnung die Anzahl Vorstösse pro Parlamentarier/in pro Legislatur auf zum Beispiel 10 limitieren ist nicht nötig, aber denkbar. Sinnvoller ist es, darauf zu vertrauen, dass Parlamente in der ersten Beprechung Vorschläge ablehnen, wenn materiell am Schluss sowieso kein Resultat vorliegen wird. Weitere Ideen dazu:
  - In den Sondersessionen dürfen keine neuen Vorstösse eingereicht werden.
  - Kosten jedes einzelnen Vorstosses müssen ausgewiesen werden – und zwar Vollkosten inkl Behandlung im Parlament, Verwaltung, etc.
- Es ist sinnvoll, dass andere Entschädigungsformen wie kostenlose Eintritte zu Veranstaltungen, Konzerten und so weiter, die vom Staat unterstützt werden, den Parlamentarier/innen weiterhin kostenlos angeboten werden. So können sie sich ein Bild von der Qualität machen. Es ist zudem freiwillig und kein Anreiz, das Parlament mehr zu beschäftigen.
- Weil die Parlamentarier/innen diese neue Lösung kaum gutheissen werden, sollten Volksinitiativen in Betracht gezogen werden.

#### Pro-Argumente:

- Es gibt weniger Vorstösse, die zur definitiven Behandlung überwiesen werden.
- Auch die Verwaltung hätte weniger zu tun.
- Es wäre eine Verwesentlichung der Arbeit.
- Die verbleibenden Vorstösse könnten dann seriöser behandelt werden. Dabei geht es nicht nur um die zeitliche Arbeitslast. Wichtiger ist, dass man sich in eine Vorlage hineindenken muss. Das ist bei so vielen Vorstössen nicht möglich.
- Es gilt eben auch: **«Je mehr Regulierungen, desto mehr Berufspolitiker»** - das arbeitet den linken Politikern leider in jeder Hinsicht in die Hände.

#### Gegenargumente:

- Lobbyisten werden durch die neue Regelung kaum betroffen (Gewerkschaft, Mieterverband, Umwelt, Verkehr, Wirtschaft).

- Das sind aber nicht so viele und auch zur Linken würde deren Vertreter mit Argwohn von denen beobachtet, die nicht beliebig viel Zeit aufwenden können.

#### Scheingegenargumente:

- «Das trifft arme Parlamentarier/innen mehr als Bessergestellte.»
  - Nein, im Gegenteil: so können finanziell schlechter Gestellte einen normalen Beruf ausüben – aber Parlamentsmitglied wird nicht mehr zu einem Teilzeit- oder gar Hauptjob.
  - Auch wenn das Argument falsch ist, sollte man darauf achten, dass Leute aus der Mittelschicht oder darunter den Vorstoss einreichen/lancieren.
- Falls man mit der Umstellung eine Reduktion der Entschädigung/Zeitaufwand anstrebt: «Es gibt sehr viele Geschäfte, die das Parlament einfach behandeln muss. Das ist mehr als 50 % des aktuellen Volumens.»
  - Nein, hier kann man mit einer Verwesentlichung der Aufgaben des Parlamentes Gegensteuer geben. Eventuell braucht es dazu – sowieso nötige - Anpassungen bei den Zuständigkeiten von Parlament und Exekutive, ohne dass Macht vom Parlament zur Regierung und damit de facto zur Verwaltung übergeht.
- «Aber auch so können Sitzungen immer noch sehr lange dauern: es gibt wohl auch Volksvertreter, die einfach gern im Parlament / in der Kommission sind, auch wenn sie nicht reich werden dadurch.»
  - Ja, aber das ist eine klare Minderheit. Bei allen anderen stimmt das nur, wenn man dann dazu noch Lohn kriegt.
  - Wenn man genau weiss, es geht Zeit verloren und finanziell kriegt man gar nichts, werden sehr viele Leute *aus allen Parteien* Gegensteuer geben.